

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckerei: Nachrichten Dresden
Buchdrucker-Gesellschaft: 1856
Nr. 10 Redigierer: Dr. 20011
Schriftleitung u. Hauptherausgeber:
Dresden - 1, Wallstraße 20/22

Bezugspreise bei täglich zweimaliger Auflistung monatlich 2.40 RM. (einzeln 20 Pfg. für
Tagesblätter), durch Postlieferung 2.60 RM. einzeln 25 Pfg. Bogenblätter (ohne Beleuchtungsbildern)
bei einer wöchentlichen Verlust, Ausgabe 10 Pfg. Anzeigenpreise: Die einzelpage 20 mm
breite Seite 25 Pfg., die ausweist 40 Pfg. Sammlungen und Stellenangebote über Rabatt
15 Pfg., außerhalb 20 Pfg., die 50 mm breite Reklameseite 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg. Offizielle
Blätter 20 Pfg. Zuständige Kultusräte wegen Herausgabeanträgen

Druck u. Verlag: Diederich & Reichardt,
Dresden, Postfach 210, 1024 Dresden,
Rabatt nur mit deutscher Auslieferung
(Dresden, Baden) gültig. Unterliegende
Zeitungslüste werden sich aufrechterhalten.

Die Beschlüsse des Reichskabinetts

Zusammenfassung zu einer Notverordnung

Berlin, 1. Dezember. Die Nachsitzung des Reichskabinetts war erst nach 8 Uhr morgens zu Ende. Das Kabinett hat den ganzen Fragenkomplex, der durch Notverordnung geregelt werden soll, durchgearbeitet, so daß jetzt nur noch die redaktionelle Fassung durch die Ressorts zu erledigen ist.

Man rechnet damit, daß diese Arbeiten im Laufe des Tages beendet werden können, so daß der Kanzler noch heute abend zum Reichspräsidenten gehen könnte, um seine Unterschrift zu erbitten. Es muß besonders bestont werden, daß die Frage, ob ein Notstand gegeben ist, nach der Verfassung ausschließlich vom Reichspräsidenten entschieden wird. Die Verabschiedung ist für heute abend oder morgen früh zu erwarten.

Während man in politischen Kreisen noch gestern mit zwei Notverordnungen rechnete, hat das Kabinett beschlossen, alles in eine Verordnung zusammenzufassen. Die Gründe, die dafür ausschlaggebend sind, sollen technischer Natur sein. Die Abänderungen der alten Notverordnung erfolgen unter dem Gesichtspunkt, daß hören herabgemindert werden sollen. Einer der wesentlichsten Punkte ist der Gebühr für den Krankenwagen nicht nur bestimmten Kategorien, sondern allen Erwerbslosen und den Invalidenrentnern zu erlassen. Man glaubt auch dafür die Zustimmung der Deutschen Volkspartei zu erreichen, da die letzten Berechnungen ergeben haben, daß diese Regelung einen Aufschwung von etwa 8 bis 10 Millionen bedeutet, während die Ersparnisse, die durch Einführung der Gebühr überhaupt erzielt werden, nach den schweren angestellten Schätzungen 40 Millionen ausmachen.

Bei der Bürgerabgabe

Ist noch interessant, daß die zunächst vorgeschobene Ermäßigung des untersten Salzes nicht erfolgt. Die mittleren Salze werden dagegen in der Staffelung weiter auseinandergezogen, dazu kommt noch eine stärkere Belastung der großen Einkommen.

Das sogenannte Plafondgesetz, das die Höhe der Staats der Länder und Gemeinden begrenzt, ist so umgearbeitet worden, daß es nicht mehr verfassungsgänzbar ist. Die Gehaltsförderung für die Beamten der Länder und Gemeinden wird besonders geregelt, ebenso wie alle übrigen verfassungsgänzenden Vorlagen auf den ordentlichen Weg gebracht.

Dazu schreibt unsere Berliner Schriftleitung:

In politischen Kreisen gilt es als sicher, daß der Reichspräsident den Reichskanzler bevollmächtigen wird, das Finanz- und Wirtschaftsprogramm und den Etat auf dem Wege der Notverordnung zu vollziehen. Für den späten Abend ist eine Pressekonferenz in Aussicht gekommen, wo Reichsfinanzminister Dietrich-Boden noch-

Abrüstungskonferenz 1932 in Wien?

Genf, 1. Dez. In maßgebenden Abordnungskreisen des Abrüstungsausschusses wird zur Zeit die Einberufung der großen Abrüstungskonferenz nach Wien erwartet. Man nimmt an, daß der Völkerbundstat auf der Januartagung die Abrüstungskonferenz zum 1. Februar 1932 einberufen wird. Die Konferenz soll nach den bisherigen Plänen bis Mitte des Sommers arbeiten und sich dann auf einige Monate verlängern.

Die alljährlich im September stattfindende Vollversammlung des Völkerbundes soll unter diesen Umständen entweder ganzlich fortfallen oder nur von kürzester Dauer sein, da man mit der Teilnahme der Ministerpräsidenten und Außenminister fast aller Mächte an der Abrüstungskonferenz rechnet. Die Konferenz würde

die größte aller bisherigen internationalen Konferenzen werden, da etwa 60 Staaten mit Abordnungen von je 50 bis 60 Personen vertreten sein werden. Im Hinblick darauf besteht hier allgemein die Überzeugung, daß eine Abschaltung der Konferenz infolge der Raumverhältnisse in Genf nicht möglich sein wird. Aus allgemeinen politischen Gründen kommen Hauptstädte der europäischen Großmächte für die Abhaltung der Abrüstungskonferenz nicht in Frage. Aus diesen Gründen erscheint Wien als Konferenzort besonders geeignet, da in der Wiener Hofburg genügend Räumlichkeiten vorhanden sind. Dieser Plan steht jedoch zunächst noch auf Schwierigkeiten von verschieden Seiten.

Der Bremer Rechtsruck

Die Bremer Bürgerschaftswahlen werden als Stimmenbarometer noch weit mehr Beachtung finden müssen, als die badischen, oldenburgischen und mecklenburgischen Gemeindewahlen. Denn sie haben mit ihrem starken Rechtsruck, und besonders durch die Tatsache der Verdopplung der nationalsozialistischen Stimmen seit dem 14. September bewiesen, daß die Wählerschaft den gegenwärtigen Zustand der Reichspolitik aufs schärfste missbilligt. Wederum haben die Parteien, die den Kurs Brünings stützen, einschließlich der Sozialdemokraten, eine ganz eindeutige Abstimmung erhalten. Ob der Kanzler nicht endlich aus dieser Stimmung des Volkes die einzige mögliche Folgerung zieht und sich sonst seiner Partei, dem Zentrum entzieht, den Widerstand gegen die Bildung eines Reichskabinetts aufzugeben, in dem der politische Willen der sich zur nationalen Bewegung bekennenden Wählercharakter die notwendige Berücksichtigung zu finden vermöchte. Sicher wird das Wahlergebnis aber wie eine Bombe in jene Amtsstühlen eingeschlagen haben, von denen aus der preußische Ministerpräsident Braun und seiner Helfer Severing und Grzesinski ihr Diktaturregiment auf Grund einer längst zerbrochenen Linksmehrheit über das Land Preußen ausüben. Wie lange wird man in Preußen noch über den klaren Mehrheitswillen der Bevölkerung angesichts der Ergebnisse der Bremer und anderer Ortswahlen hinwegleben können. Diese Frage stellt, heißt zugleich erneut konstatieren, daß für die Sozialdemokraten und ihre kauspatriotischen Traubanten Demokratie und Parlamentarismus als heilige Glaubenssätze immer nur so lange Gültigkeit haben, als sie selbst dadurch an der Macht bleiben. Die Wahlen in Bremen, die hauptsächlich von dem Gesichtspunkt der Reichspolitik aus geführt worden sind, werden aber auch im Ausland starke Beachtung finden. Denn man hat die Hansastadt nicht mit Unrecht als Fenster Deutschlands bezeichnet. Das Ausland muß nunmehr erneut erkennen, daß das deutsche Volk die untragbaren, blushaugelichen Tribute auf die Dauer nicht mehr leisten will und daß es immer energischer auf eine Revision des gesamten Versklavungs- und Verelendungssystems von Versailles drängt.

Bemerkenswert an dem Bremer Ergebnis ist das Zurückdrängen der marxistischen Stimmen. Im Jahre 1919 betrug die marxistische Mehrheit nicht weniger als 38 000 Stimmen. Aber bereits im Jahre 1921 trat an ihre Stelle eine bürgerliche Mehrheit von 25 000 Stimmen, die auch in den folgenden Wahlen bestehen blieb. Nur bei den Reichstagswahlen 1928 erreichte der Marxismus noch ein letztes Mal eine Stimmenmehrheit von 8000 Stimmen. Dann aber erfolgte am 14. September ein starker Rückzug nach rechts und brachte eine bürgerliche Mehrheit von 18 000 Stimmen. Noch niemals aber war der Triumph über den Marxismus so groß wie diesmal. Er brachte den nichtmarxistischen Parteien eine Mehrheit von rund 82 000 Stimmen. Die bisher in Bremen bestehende Große Koalition ist zwar zahlenmäßig noch möglich, aber ebenso verfügt eine Neukoalition, unter Ausschluß der Staatspartei und des Zentrums, über eine Mehrheit. In der letzten Bremer Bürgerschaft standen sich Marxisten und Bürgerliche mit je 50 Mandaten gleich stark gegenüber. Dieses Resultat ergab sich trotz bürgerlicher Mehrheit aus der Vielheit der nichtmarxistischen Wahlvorschläge. So erhielt Bremen einen Senat, der aus 5 Sozialisten und 7 Bürgerlichen gebildet war. Die Folge war eine ähnlich einseitige sozialdemokratische Kurs der Stadtverwaltung.

Im einzelnen läßt sich feststellen, daß alle Parteien mehr oder minder gegenüber den Reichstagwahlen verloren haben, mit Ausnahme der Nationalsozialisten, die eine Verdopplung ihrer Wählerschaft zu buchen vermögen. Ein Vergleich mit den Reichstagwahlen ist hierbei sehr gut möglich, weil fast die gleiche Wählbeteiligung wie am 14. September erreicht werden konnte. Auf der rechten Seite haben die Deutschen Nationalen ein Fünftel und die Wirtschaftspartei zwei Drittel ihrer Stimmenzahl verloren. Beide Parteien durften allerdings kaum an die Nationalsozialisten abgegeben haben, sondern an eine örtliche Sondergruppe, die Haushaltserklärung, die fast genau die Stimmenzahl erreichte, die Deutschen Nationalen und Wirtschaftspartei verloren ging. Bemerkenswert sind die Verluste der Konservativen, die Bremen als ihre Hochburg betrachteten, aber rund drei Viertel ihrer Stimmen verloren haben. Fast die Hälfte ihrer Stimmen hat die Staatspartei eingebüßt. Die Volkspartei, bisher diestärkste bürgerliche Gruppe in Bremen, hat ein Drittel ihres Bestandes abgegeben. An diesem Rückgang trägt wohl die Weisung der Bremer Parteileitung, ein Bekennnis für eine Reichsregierung abzulegen, die Haupthandlung. Viele frühere Volksparteiliter haben es diesmal augenscheinlich vorgezogen, die radikale Rechte zu wählen. Ein Einschluß, dem die Nationalsozialisten durch taktisch kluge Berücksichtigung der Bremer Schiffahrts- und Handelsinteressen entgegengestellt sind. Sie haben nämlich auf ihre Bitten an die ausländische

Das Gesamtergebnis der Bremer Wahlen

Bremen, 1. Dez. (zu.) Das Gesamtergebnis der Bürgerschaftswahlen im Staat Bremen ist folgendes:

Stimmen		Mandate
Sozialdemokraten	62 515 (78 670)	40 (50)
Deutschationale	11 481 (15 425)	6 (9)
Neutzum	5 879 (5 835)	4 (2)
Kommunisten	21 679 (25 861)	12 (10)
DL. Volkspartei	23 271 (25 153)	15 (16)
Wirtschaftspartei	8 862 (8 553)	2 (9)
Staatspartei	7 776 (12 786)	5 (12 Demokr.)
Hans. u. Grundh. 8 780	(nicht ausgez.)	5 (9)
Nationalsozialisten	51 824 (26 137)	82 (21)
Konserv. Volksp.	1 894 (nicht ausgez.)	1 (-)
Gebl.-Soz.	1 859 (1 541)	-
Komm. Opp.	799 (-)	-
Bürg. Gemeinf.	544 (-)	-
Allgemeinwohl	442 (-)	-
Total	202 026, ungültige 1837. Wahlberechtigte waren 259 789 Personen; Wahlbeteiligung etwa 80 Prozent.	

Die eingeklammerten Zahlen bedeuten die Stimmenzahlen zur letzten Reichstagswahl bzw. die Mandatsziffern der letzten Bürgerschaftswahlen von 1927.

Bürgerliche Mehrheit im Kreis Viechfeld

Viechfeld, 1. Dez. Nach vorläufiger amtlicher Berechnung entfallen in der neuen Stadtverordnetenversammlung von den 50 Sitzen 25 auf die Bürgerlichen, 22 auf die SPD. und 3 auf die Kommunisten. Die alten bürgerlichen Parteien verloren 10 Sitze, die von den Nationalsozialisten errungen wurden. Der Sozialdemokratie fielen 22 Sitze zu, statt bisher 18, und den Kommunisten 3, statt bisher 2 Sitze.

Die Wahlen zum Kreistag Viechfeld und ergeben eine bürgerliche Mehrheit.

Von den 25 Mandaten fielen 14 auf die bürgerlichen Parteien einschließlich der Nationalsozialisten, 10 auf die Sozial-

Wahlen in Cottbus

Cottbus, 1. Dez. Am Sonntag fanden die Wahlen für den Landesausschuß des sachsen-anhaltischen Landesteiles Lübeck statt. Die Wahlbeteiligung betrug durchschnittlich 85 v. H. Die Wahlen sind überall ruhig verlaufen. Nach Cottbus war ein verstärktes Polizeiaufgebot unter Führung von Siso aus Bad Schwartau bereitgezogen. Es wurden insgesamt folgende Stimmen abgegeben:

	1927	Reichstagwahl
Bürgerliche	4148 (10622)	(8258)
Nationalsozialisten	8484 (-)	(7556)
SPD.	8810 (8484)	(9756)
Kommunisten	1854 (800)	(1734)

Die Wahlbeteiligung betrug 86 v. H. gegen 80,5 v. H. bei den letzten Reichstagwahlen.

Schieberei vor der Bremer Reichswehrakademie

Bremen, 1. Dez. In der Nacht zum Sonntag ereignete sich vor der Bremer Reichswehrakademie in der Neustadt ein folgeschwerer Zwischenfall. Eine größere Gruppe von Reichsbannerleuten versuchte, Wahlmaterial und Flugblätter über die Kaisermauer zu werfen. Hierbei fiel plötzlich ein Schuß, der einen Reichsbannermann niederkreide. Das Vorkommen ist in seinen Einzelheiten noch nicht bekannt. Ein Unterfeldwebel soll aber den Schuß abgegeben haben, da er sich von der Menge angegriffen fühlt. Der Reichsbannermann erhielt einen Schuß durch beide Oberschenkel und mußte einem Krankenhaus überführt werden.